

»Die Menschen werden diese Pandemie überleben, aber ob es die Menschheit wird, ist eine ganz andere Frage«

Grundrechte, Wohnungslosigkeit und Coronamaßnahmen in Deutschland

Luisa T. Schneider

Die Corona-Pandemie, bei der sich die Eindämmungsmaßnahmen auf die Selbstisolierung und das Zuhause bleiben konzentriert haben, hat auf eindringliche und schmerzhaft Weise verdeutlicht, welcher Stellenwert die Wohnung in unserer Gesellschaft gewonnen hat (Schneider 2020a; Schneider 2020c; Schneider 2021). Ein Beispiel hierfür sind die zahlreichen Kampagnen, die sich um den viralen Hashtag #wirbleibenzuhause herum formten, der von Politik, Gesellschaft und Prominenten aufgegriffen wurde und der soziale Verantwortung und Nächstenliebe an das Zuhause-bleiben knüpfte.¹ Wohnungen wurden zum sicheren, manchmal auch einschränkenden und gewalttätigen, aber dennoch unverzichtbaren Zufluchtsort, hinter dem wir uns selbst isolieren, uns einschließen und uns und andere schützen können. Ein zuvor passiver Akt, das Verschanzen hinter den eigenen vier Wänden, wurde zu einer heroischen Tat. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum hingegen bekam eine unverantwortliche und egoistische Gefährdungshandlung. In ihren Bemühungen, die Auswirkungen dieser Pandemie zu mildern, bedienen sich deutsche Politiker:innen der Sprache der Solidarität, der sozialen Verantwortung und des Gemeinwohls. Sie betonen, dass Deutschland als Demokratie diese Pandemie nur gemeinsam besiegen kann. Doch während Bemühungen zur Begrenzung der Auswirkungen auf die Wirtschaft die unterschiedlichen Berufe und Lebensumstände der Menschen berücksichtigen, stützen sich die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus auf Selbstisolierung in Wohnungen und können somit nicht von allen umgesetzt werden. Die Tatsache, dass Wohnende mit mietrechtlich abgesichertem Wohnraum oder mit Wohneigentum die Norm sind, wird dadurch zur unumstößlichen und ausgrenzenden Tatsache. Dass die Lebensumstände all jener, die nicht nach dem

1 Ein Beispiel ist die vom Bundesministerium für Gesundheit veröffentlichte Kampagne #WirBleibenZuhause Personen des öffentlichen Lebens setzen ein Zeichen (BMG 2022).

Muster einer abgesicherten Miet- oder Eigentumswohnung wohnen, erst nach einiger Zeit von Politik und Praxis aufgegriffen wurden, zeigt zum einen, wie normativ unsere Vorstellung des Wohnens in Wohnungen ist und löst zum anderen bei wohnungslosen Menschen Gefühle der Ausgrenzung und des Nicht-Zugehörens aus (siehe Schneider 2020a).

Um wohnungslose Menschen zu schützen, forderten deutsche Organisationen und Aktivist:innen Schutzmaßnahmen, die über Notunterkünfte hinausgehen und feste Wohnräume, Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch Sozialarbeiter:innen, Verpflegung, kontrollierte Medikamentenabgabe sowie medizinische Hilfe umfassen. Doch eine kohärente Strategie gab es nicht. Nichtsdestotrotz haben sich deutsche Kommunen, Städte, Sozialwesen, freie Träger, NGOs und zahlreiche Einzelpersonen unermüdlich dafür eingesetzt, dass Menschen ohne Wohnung sich und andere schützen können und die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Doch all diese Maßnahmen waren Krisenmaßnahmen, keine langfristigen Lösungen und wurden, sobald Ansteckungszahlen sanken, reduziert oder ganz eingestellt. Was dabei nicht bedacht wird: Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben für viele wohnungslose Menschen sowohl entsetzliche Härten als auch existenzielle Krisen mit sich gebracht. Gleichzeitig haben sie aber auch Chancen eröffnet, durch die wohnungslose Menschen Wege in eine andere Zukunft sahen und manchmal auch erlebten; eine Zukunft, die der gemeinsamen Verwundbarkeit, der sozialen Teilhabe und einer Politik der Fürsorge mehr Aufmerksamkeit schenkt; eine, die aufgrund des gesamtpolitischen Rückruderns nun wieder in unerreichbare Ferne rückt.

In diesem Beitrag zeige ich anhand des Fallbeispiels Leipzig die Situation wohnungsloser Menschen auf, erläutere, welche Auswirkungen die Corona-Maßnahmen und die gesamtgesellschaftlichen Prioritäten auf diese Menschen hatten und haben, welche Fragen sich hieraus in Bezug auf grundlegende Menschenrechte und staatliche Schutzversprechen ergeben und welche Konsequenzen wir hieraus perspektivisch ziehen können und müssen. Meine Daten gewann ich in einer ethnografischen Langzeitstudie zwischen Oktober 2018 und Februar 2022. Basierend auf dem Faktum, das Grundrechte auf Privatsphäre und Intimität rechtlich an Wohnraum geknüpft sind, erfragte ich: Was passiert, wenn man keine eigene Wohnung hat, keine Mauern, die die Bedingungen schaffen, die es erlauben, Intimität zu leben? Wie können wohnungslose Menschen Beziehungen leben, Eltern sein, Privatsphäre, Intimität und Schutz genießen? In Leipzig habe ich offene, qualitative Interviews mit über 300 wohnungslosen Menschen geführt, 116 von Ihnen habe ich mehrmals interviewt (zwischen zwei- und fünfmal mit mindestens sechs Monaten Abstand zwischen Interviews), um zu sehen, wie sich ihre Lebenssituation entwickelt (Ellis 2017; Kvale 1996; Rubin and Rubin 2004; Skinner 2012). Zudem führte ich tägliche teilnehmende Beobachtungen unter verschiedenen Gruppen wohnungsloser Menschen durch. 27 obdach- und wohnungslose Menschen habe ich zudem ethnografisch durch ihren Alltag begleitet (Kusenbach 2003). Ich habe somit während

der ersten zwei Pandemie Jahre durchgehend geforscht. Zudem arbeitete ich heraus, wie der rechtliche und politische Rahmen umgesetzt wird, mit welche Möglichkeiten und Barrieren sich wohnungslose Menschen konfrontiert sehen, wenn sie versuchen, ihre Rechte einzufordern und kollaborierte eng mit Dienstleistern des Hilfesystems in Leipzig.

1. Der Beginn der Pandemie in Leipzig: Ein Vakuum im Hilfesystem

Mit dem Ausbruch der Pandemie entstand ein Vakuum. Nicht nur, dass sich wohnungslose Menschen nicht an Schutzmaßnahmen wie sozialer Distanzierung, häufiges Händewaschen oder die Aufforderung, zu Hause zu bleiben, halten konnten; es gab kaum noch Menschen auf der Straße. Eine zunehmend verlassene Stadt bedeutete, dass das Betteln nicht mehr ertragreich war und das Auffinden und Einlösen von Pfandflaschen unmöglich wurde. Läden und Geschäfte schlossen, und diejenigen, die offen blieben, standen Bargeldzahlungen kritisch gegenüber, wiesen sie oft sogar ganz zurück, und kreierten somit eine Hürde für die vielen obdachlose Menschen, für die Bargeldzahlung die einzige Möglichkeit zu bezahlen darstellt. Viele trauten sich mit ihrem Kleingeld nicht mehr in den Supermarkt. Yanni (32) erklärt²:

»Wenn ich mein Kleingeld an der Kasse zähle werde ich angeschaut wie jemand, der den Virus bewusst verbreitet, wie jemand, der anderen Schaden zufügen will, wie jemand mit einer Corona-Spritze der andere infiziert. Und wer weiß, vielleicht macht mein Geld krank. Also geh ich nicht mehr einkaufen. Lieber hungern als andere potenziell zu töten.«

Geschaffene Regeln fußten darauf, andere zu schützen, erschwerten es wohnungslosen Menschen aber an lebenswichtige Dinge wie Nahrung zu kommen. In der Entscheidung, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen oder Stigma und potenzieller Ansteckungsgefahr für sich und andere aus dem Weg zu gehen, entschieden sie sich oft für letzteres. Hunger und Leid verstärkten sich in der Pandemie insbesondere unter denjenigen, die bereits zu kämpfen hatten. Ein weiteres Beispiel zeigt praktische Hürden auf: Für obdachlose Menschen war es zu Beginn der Maßnahmen nur schwer möglich, mit einem Einkaufswagen in ein Geschäft zu gehen. Gleichzeitig wurde der Einkaufswagen Bedingung des Einlasses, da er das Abstandhalten erleichterte. Das Problem lässt sich wie folgt skizzieren: Um einen Einkaufswagen von der Kette zu lösen, der ihn mit anderen Einkaufswagen verbindet,

2 Alle Interviews und ethnografischen Gespräche wurden persönlich geführt. Die Namen der Teilnehmenden wurden zu ihrem Schutz geändert.

braucht man einen Euro oder einen Einkaufswagenchip. Viele wohnungslose Menschen müssen allerdings erst Pfandflaschen zurückgeben, bevor sie das nötige Bargeld dafür haben. Der Zutritt zum Supermarkt war für diese Menschen somit nicht mehr möglich. Erst Wochen später wurden auf Hinweis von der aufsuchenden Straßensozialarbeit die Wagen entkoppelt, sodass sie nun auch ohne Euro oder Chip genutzt werden konnten. Kleine Änderungen führten somit zu großen Problemlagen. Unter diesen Umständen wurde die Befriedigung der Grundbedürfnisse zu einem existenziellen Problem, das immer mehr Mobilität und Kreativität erforderte. Später kamen Probleme rund um das hygienische Tragen von Masken hinzu (Schneider und Böhmer 2020).

2. Versteckte Wohnungslosigkeit wird sichtbar, Soziale Vereinsamung und der Zusammenbruch von Versorgungsketten und Informationsflüssen

Durch die Pandemie wurde Wohnungslosigkeit zudem sichtbarer. Da Bibliotheken, Universitäten und Krankenhäuser den Zugang beschränken mussten, konnten sich viele wohnungslose Menschen nicht mehr auf ihre bisherigen Strukturen verlassen, um sich zu waschen, Informationen und Vorräte zu erhalten (Schneider 2021a). Andere wurden aufgefordert, Keller, Gärten und Treppenhäuser zu verlassen, in denen sie Unterschlupf gefunden hatten, weil die dort Wohnenden Angst hatten, dass sie das Virus übertragen könnten. Viele der Menschen, mit denen ich forschte, nutzen das Hilfesystem nicht und konnten sich über zwei Monate lang nicht waschen. Für die grundlegende Hygiene mussten sie erst Flaschen finden, diese dann an einem Brunnen/Fluss auffüllen. Sich in der Öffentlichkeit zu waschen ist zudem nicht erlaubt. Vor allem Frauen, von denen einige nachts Windeln tragen, damit sie sich nicht an dunklen und potenziell gefährlichen Orten erleichtern müssen, konnten sich keine Windeln mehr leisten, noch Zugriff zu Windeln bekommen. Diese Einschränkungen der persönlichen Hygiene vergrößerten die Angst vor Ansteckung mit dem Corona Virus noch weiter.

Die Unmöglichkeit, sich selbst wenigstens rudimentär zu sichern, ging mit sozialer Vereinsamung einher. Da die Zahl der Menschen, die zusammenbleiben konnten, immer kleiner wurde, fingen viele an, allein zu schlafen, was bedeutete, dass sie aus Sicherheitsgründen die meisten Nächte herumliefen und nur versuchten, tagsüber etwas Schlaf zu bekommen.

Aber denen, die sich stark auf das Hilfesystem verlassen haben, ging es, zumindest zu Beginn des ersten Lockdowns, nicht viel besser. Das deutsche Kontaktverbot ging Hand in Hand mit dem Rückzug von Hilfsorganisationen, die ihre Dienste nicht mehr anbieten konnten, ohne gegen Vorschriften zu verstoßen, die Menschenansammlungen und soziale Kontakte verboten. Alle Tageszentren, Suppenkü-

chen und andere Hilfsstellen in Leipzig schlossen am 23. März 2020 ihre Türen, und auch hier gab es keine Duschen und Toiletten mehr.³ Stattdessen verließen sich die Organisationen stärker auf die Straßensozialarbeit, um jene, die auf der Straße leben, mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Dingen zu versorgen.

Auch Informationsflüsse verlangsamten oder versiegten ganz. Die Corona-Pandemie hat den Diskurs um Wohnen beeinflusst und eine, in den Worten der Stadt Leuven, *auch getrennt, immer zusammen* – Mentalität geschaffen. Während die physische Welt dramatisch schrumpfte, expandierte die virtuelle Welt um Menschen in Wohnräumen herum. Nicht nur, dass die Nachrichten der Welt immer nur einen Klick entfernt sind, viele begannen mit Großeltern per Video zu chatten, Fitnesskurse vom Wohnzimmer aus zu absolvieren und mit ihren Kindern Lernvideos anzusehen. Freunde und Familie waren zwar räumlich weit entfernt, aber virtuell ganz nah. Der Raum der Wohnung in ihrer Konnektivitätsfunktion begann sich auszu dehnen, während der Ort der Wohnung als identitätsstiftende Einheit, die Privilegien schafft, sich weiter verhärtete. Für viele wohnungslose Menschen brach virtuelle Konnektivität fast vollständig ab. Die Orte, an denen sie ihre Telefone aufladen können – wenn sie denn welche haben – wurden geschlossen. Viele wurden völlig von Internet, Telefon und sozialen Medien abgekoppelt. Johannes (50er) erläutert:

»Für uns wohnungslose Menschen ist es nicht so einfach an aktuelle Nachrichten zu kommen. Wir können kaum Bücher mit uns herumtragen und uns auch keine Zeitschriften leisten. Viele Menschen haben keinen Zugriff zu tagesaktuellen Nachrichten. Wir sind darauf angewiesen, dass jemand eine Zeitung wegwirft oder wir fahren Straßenbahn für die Kurzmitteilungen, die es hier gibt. Stell dir mal vor du weißt nicht was in der Welt passiert, was um dich herum passiert? Da dissoziiert man von Gesellschaft und von sich selbst. Da merkt man erstmal, dass man sich am Rande der Gesellschaft befindet. Viele haben auch kein Handy, oder kein Handy mit Akku oder selbst wenn das alles klappt dann kein Internet. Ohne Zugang zu Informationen wissen wir nicht was in der Welt passiert, wir wissen nicht mal was um uns herum passiert.«

Infolge der Kontaktbeschränkungen war das Leben vieler wohnungsloser Menschen plötzlich nicht mehr von zwischenmenschlichen Kontakten und Gesprächen durchdrungen; sie konnten nicht mehr täglich mehrere Zeitungen lesen, weil die Stellen, die sie kostenfrei anboten, schließen mussten, und sie hörten selten die Geschichten, die im Umlauf sind. »Seit Corona bin ich völlig allein. Ich bin mit Sicherheit der einsamste Mensch auf der ganzen Welt«, sagte Corin (20er), als ich sie fragte, wie es ihr gehe. Der Zusammenbruch der Informationsketten, die normalerweise

3 Es dauerte etwa zwei Monate, bis ein alternatives System eingerichtet war, das sich auf Kirchen und einige wenige Organisationen stützte, die ihre Türen nur für Menschen öffneten, die duschen oder die Toilette benutzen wollten.

über Suppenküchen und Hilfszentren liefen, führte dazu, dass die Informationen wohnungslose Menschen viel später und oft angereichert mit Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien erreichten. Helmut (60er) erklärt:

»Die Stadt ist leergefegt. Die Leute trauen sich nicht mehr raus. Es ist eine Geisterstadt und dann hören wir Dinge wie, dass der Virus eine Massenvernichtungswaffe ist, die auf die Armen abzielt, die sich nicht wehren können, oder dass wir unfruchtbar gemacht werden sollen, damit wir uns nicht mehr verbreiten können. Ich kann diese Dinge nicht nachprüfen. Wie auch? Alles was ich weiß ist, dass die Menschen sich hinter ihren Mauern verstecken und schauen was mit uns passiert, die dem Virus ausgesetzt sind. Woher soll ich wissen, was wahr ist? Aber Angst machen diese Geschichten schon. Und unsicher sowieso.«

Neben generellem Misstrauen und geteilter Angst ergab sich aus dem stockenden Informationsfluss auch ein praktisches Problem. Regeln und Vorschriften änderten sich schnell, und die Menschen draußen brauchten Zeit, um sich darauf einzustellen; Zeit, die sie nicht hatten. Johannes (30er) erklärt:

»In der Pandemie haben wir zum Beispiel nie gewusst, welche Regeln gerade gelten oder wie sich der Virus verbreitet oder wie schlimm es wirklich ist. Wir waren darauf angewiesen, dass uns jemand die Nachrichten erklärt. Oft war das dann die Polizei, wenn es schon zu spät war. Das ist schlimm.«

Und Sarah (40er) fügt hinzu:

»Da ist es fast schon egal ob der Virus echt ist oder im Labor hergestellt, um uns zu vernichten. Die Strafen und Einschränkungen erledigen ihren Teil von alleine.«

3. Pandemiemaßnahmen, Bußgelder, Schutzversprechen und Strafe

Diese strengen Maßnahmen, so die Politik, können die Pandemie eindämmen, aber nur, wenn sich alle Menschen daranhalten. Deshalb wurden Polizeikontrollen verstärkt und Regelverstöße bestraft. Während vieler Monate war der Kontakt in der Öffentlichkeit nur noch allein, mit einer weiteren Person oder mit Haushaltsangehörigen erlaubt. Zwischen allen anderen Personen musste ein Abstand von mindestens eineinhalb Metern eingehalten werden. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie begrenzt unser soziales und rechtliches Verständnis von Verwandtschaft und Beziehungen ist. Auch hier ging es um den rechtlichen Familienstatus und einen gemeinsamen Wohnort. In Deutschland war beispielsweise der Besuch des:der Lebenspartner:in, mit dem man nicht zusammenlebt und der:die in einem anderen Bundesland wohnt, in einigen Bundesländern zeitweise nicht erlaubt. Obdachlo-

se Menschen, die oft Wahlfamilien, so genannte Wunsch- oder Scheinverwandte, bilden, waren von Einschränkungen betroffen, die sie auseinander und in die völlige Isolation trieben. Einige Städte wie München erkannten dies und begannen, in Rechtsdokumenten zu Corona-Maßnahmen, Menschen ohne Wohnung als Familien zu behandeln. Die Pandemie hat also eine Chance geboten, Beziehungen und Familie neu zu definieren (über Ehe oder eingetragene Partnerschaft sowie Adresse hinaus). In Leipzig ist dies nicht geschehen. Dort blieben auch Notschlafstellen weiterhin nach Geschlechtern getrennt, was bedeutete, dass die meisten Paare sich trennen oder draußen bleiben mussten, wo sie fast ständig mit Geldstrafen belegt wurden. Denn der Aufenthalt im Freien war generell nur noch unter bestimmten Umständen erlaubt, z.B. um zur Arbeit zu gehen, lebenswichtige Güter zu kaufen, medizinische Dienste in Anspruch zu nehmen oder Betreuungsaufgaben zu erfüllen. Für wohnungslose Menschen stellte dies ein unlösbares Problem dar. Viele meiner Forschungsmitarbeiter:innen haben Hunderte von Euro an Bußgeldern angehäuft – Bußgelder für das Stehen in der Öffentlichkeit mit mehr als zwei Personen, Bußgelder für das Nichttragen einer Maske in öffentlichen Verkehrsmitteln, Bußgelder für das Sitzen auf einer Bank, Bußgelder für das Trinken von Alkohol etc. Bußgelder, die sie unmöglich bezahlen können und die mit großer Wahrscheinlichkeit zu Haftstrafen führen werden. Viele Menschen, die ich begleite, haben Kinder in staatlicher Obhut, die sie monatelang nicht sehen konnten. Jetzt häufen sich die Behauptungen, dass diese Kinder sie nicht mehr wiedererkennen, und in einigen Fällen stehen Pflegefamilien statt einer Wiedervereinigung zur Debatte, in einem Fall wurde die Tochter bereits zur Adoption freigegeben. Gerichtstermine und Gefängnisstrafen wurden ebenso verschoben wie der Antritt neuer Arbeit. Dies zeigt, wie lebensverändernd die Pandemie-Einschnitte insbesondere für jene waren, die durch die Raster der Versorgungsketten fielen oder in die Reibmühle zwischen verschiedenen Ansprüchen gerieten. Viele Menschen wussten nicht, was die Zukunft bringen und wann diese Zukunft beginnen wird, und so wurden sowohl Furcht als auch Wut immer lauter. Dies war insbesondere der Fall, wenn der Staat erst mit Fürsorge überraschte, mit der nicht mehr gerechnet wurde, nur um dann später mit Härte durchzugreifen. Vor allem junge Menschen bekamen durch die anfänglichen Lockerungen von Hürden und dem vereinfachten Zugang zu Leistungen das Gefühl, dass sie nun gesehen und dass ihnen geholfen würde. Frank (21) meinte:

»Die [Sozialarbeiter:innen der Stadt] lassen dich im Moment nicht im Stich. Du bekommst Leistungen und die werden nicht gekürzt ganz egal, was du machst. Endlich sehen die uns und helfen. Es gibt keine Zwangsräumungen mehr und seit dem Lockdown sperren sie dich auch nicht mehr wegen Unsinn in den Knast ein.«

Viele wohnungslose Menschen hatten, als das erste Vakuum geschlossen wurde und das Hilfesystem begann einzuschreiten, das Gefühl, dass der Staat sie beschützt, an

sie denkt und für sie sorgt. Ihr Schock hätte nicht größer sein können, als Briefe mit Bußgeldern und Gerichtsterminen eintrafen und die Zwangsräumungen noch rigider als zuvor fortgesetzt wurden, gleich nachdem die Beschränkungen im Sommer 2020 zum ersten Mal gelockert worden waren. Schnell machte sich Unmut breit. Und als klar wurde, dass die Pandemie uns noch lange Zeit begleiten wird, verstärkte sich die Ansicht, dass alles verloren ist, dass es keine Zukunft geben wird, vor allem nicht für jene am unteren sozioökonomischen Ende der Gesellschaft. Die psychische Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden vieler wohnungsloser Menschen begannen zu leiden.

4. Wohnungslose Menschen werden als hilfesuchend nicht hilfegebend verstanden

Bei den Menschen, die viele Monate lang fast völlig allein waren, insbesondere während der Lockdowns, sah ich zwei Tendenzen. Entweder fast völliges, undurchdringliches Schweigen, als ob sie das Sprechen generell eingestellt haben, oder aber sie sprachen so viel und mit solchem Schmerz, immer mit dem Drang, jede menschliche Begegnung so lange wie möglich auszudehnen, bevor die Stille wieder einsetzt. Viele hatten und haben noch stets das Gefühl, dass sie nicht gesehen oder als schlecht und potenziell schädlich angesehen und ausgegrenzt werden (McNeill 2018: 225; Schneider 2021b).

Gleichzeitig gab es ein starkes Bedürfnis, sich selbst und andere zu schützen. Viele sagten, dass sie aufgrund ihrer Überlebensfähigkeiten und ihrer Erfahrungen mit schwierigen Situationen viel zur Entwicklung und Durchführung sinnvoller Maßnahmen hätten beitragen können, wenn sie nur gefragt würden. Andere meldeten sich als Freiwillige, wurden aber nie berücksichtigt. Hier sind einige der Dinge, die sie mir sagten:

»Warum ist es uns nicht erlaubt, unseren Teil dazu beizutragen, diese Pandemie einzudämmen? Wir kennen diese Stadt. Wir wollen helfen. Lasst uns helfen!« (Kai 52).

»In Zeiten wie diesen muss man sich entscheiden, was für ein Mensch man sein will. Willst du anderen helfen oder sie in Gefahr bringen? Aber Menschen wie wir, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen, haben nicht einmal diese Wahl. Nutzlos und Last sind die Worte, die mir in den Sinn kommen.« (Pascal 61).

»Merkel sagte, dass die Taten eines jeden zählen. Wir sind alle aufgerufen, diese Pandemie zu stoppen. Aber ich bin in eine Position geraten, in der ich nur Schaden anrichten kann. Ich bin also nicht Teil der Alle. In diesem System bin ich niemand.« (Yelena 40s).

Viele wollen ihren Teil dazu beitragen, diese Pandemie zu beenden, und die Tatsache, dass sie das nicht können, verursacht großen Schmerz. In der Tat ist die Hauptsorge meiner wohnungslosen Forschungsmitarbeiter:innen nicht, krank zu werden, sondern andere anzustecken. Hinzu kommen Sorgen darüber, was die Pandemie mit sozialer Ungleichheit und sozialen Prioritäten machen wird (siehe unten).

5. Ein fragmentiertes Hilfesystem findet zusammen

Aber es gab auch positive Aspekte. Ein ansonsten zersplittertes Hilfesystem fand zusammen und begann auf effektive Weise zu kommunizieren und zu kooperieren. Innerhalb weniger Wochen entwickelte das Sozialamt, Hilfsorganisationen, freie Träger und ich selbst einen Hilfsplan. So richtete die Stadt beispielsweise eine zusätzliche Notunterkunft ein. Die Notunterkünfte blieben statt der üblichen Öffnungszeiten zwischen 16:00 und 08:00 Uhr auch tagsüber geöffnet und boten neben Schlafplätzen auch kostenlose Mahlzeiten an. Die Zimmerbelegung wurde von acht auf zwei reduziert, um Abstandsmaßnahmen aufrechterhalten zu können.⁴ Personen, bei denen der Verdacht bestand, dass sie an COVID-19 erkrankt sind, wurden medizinisch versorgt, auch wenn sie nicht krankenversichert waren. Die regelmäßigen medizinischen Untersuchungen in den Unterkünften bedeuten, dass auch andere Krankheiten und Beschwerden behandelt werden konnten. Ich entwickelte einen Entwurf für einen Quarantäneplan und eine Quarantänestation in den Unterkünften und medizinisches Personal besuchte die Notschlafstellen in regelmäßigen Abständen. Über die spezifischen Lösungsansätze hinweg schaffte diese Kooperation eine verbesserte Kommunikation zwischen Wissenschaft, freien Trägern, kirchlichen Organisationen, NGOs und Stadt/Sozialamt sowie ein erhöhtes Verständnis für die Arbeitsbedingungen und Einsichten der jeweils anderen. Hierdurch wurden Lücken im System sichtbar und Dopplungen und Vorurteile konnten abgebaut werden.

6. Die Pandemie als Chance zur Beendigung der Wohnungslosigkeit

Neben dem Fokus auf die konkreten Auswirkungen der Pandemie auf wohnungslose Menschen stellt sich die übergeordnete Frage, ob die Pandemie eine Chance zur Beendigung von Wohnungslosigkeit sein kann. Hierzu müssen wir zunächst etwas über die Prämissen des Hilfesystems in Deutschland verstehen. Im Gegensatz

4 Doch auch hier gab es einen großen Nachteil, denn nur diejenigen, die offiziell als Leistungsempfänger registriert sind, hatten Zutritt, was eine große Anzahl von Menschen ausschloss.

zu Ländern, die Wohnen als Grundrecht verstehen und Wohnungen bedingungslos zur Verfügung stellen (Housing-First-Ansätze, siehe Tsemberis 2011), wird in Deutschland in der Regel nach einem Stufenmodell gearbeitet. Wohnungslose Menschen müssen verschiedene Stufen von temporären, meist geteilten und betreuten Unterkünften durchlaufen. In Leipzig beispielsweise gibt es Unterkünfte für Frauen, für Männer, für nasse Alkoholiker, für Drogenabhängige und für Flüchtlinge – die entweder von der Stadt, von freien Wohlfahrtsverbänden oder von einem Krankenhaus betrieben werden (Schneider 2020b). Sie bieten einen Schlafplatz und eingeschränkte Öffnungszeiten. Dann gibt es einige provisorische Wohngemeinschaften, die *als nächste Stufe auf der Treppe* vor dem Übergang in eine unabhängige Unterkunft dienen sollen (Schneider, 2020b:3). In diesen Nachtsylen, Kurzzeiterunterkünften oder Wohngemeinschaften (vgl. Schneider 2020) werden wohnungslose Menschen im institutionellen Rahmen des *(Wieder-)Erlernens des eigenständigen Wohnens* betreut: Sie werden von verschiedenen Dienstleistern begleitet, bevor sie in eine eigenständige Wohnung übergehen können. Eine Wohnung wird also nicht als Grundlage für die Überwindung sozialer Probleme verstanden, sondern als eine Belohnung, die man sich durch die Lösung seiner sozialen Probleme verdienen muss. Die Unterstützung ist an die Verpflichtung geknüpft, aktiv auf die Beseitigung der Unterstützungsbedürftigkeit hinzuwirken (Mitwirkungspflicht) (Daigneault 2014). Deutschland betrachtet die Obdachlosigkeit somit eher als persönliches denn als gesellschaftliches Problem und fordert die Betroffenen auf, die notwendige Initiative zu ergreifen, um ihre Situation zu ändern. Darüber hinaus führt die Abhängigkeit von Hilfe zu einer gelebten Erfahrung des Schadens. Dies ist auf das Prinzip der geringeren Anspruchsberechtigung zurückzuführen (Rusche, et al. 1939; Sbraccia 2008), das auf der Befürchtung beruht, dass Menschen, denen es zu gut geht, ihre Situation nie ändern werden – wenn also z.B. Menschen ohne Arbeit zu viel staatliche Unterstützung erhalten, werden sie nie wieder arbeiten gehen; wenn Not-schlafstellen so gut sind, dass sich Menschen dort wohlfühlen, werden sie sich nicht mehr um eine eigene Wohnung bemühen etc. Daher schränken die durch das Sozialleistungssystem geschaffenen Bedingungen die tägliche Lebenserfahrung von Menschen ohne Wohnung ein und bringen sie in eine wirtschaftlich und sozial prekäre und benachteiligte Position innerhalb der Zivilgesellschaft (siehe Moran, et al. 2017 für eine Beschreibung der karzeralen Bedingung der Benachteiligung) um sie dazu zu motivieren, diesen Beschränkungen entkommen zu wollen (Schneider 2021b). Und erst, wenn Probleme bewältigt wurden, ist eine veränderte Wohnsituation erreichbar.

Das bedeutet jedoch, dass Menschen, die nach den Begriffen der Sozialen Arbeit *komplexe Mehrfachprobleme* haben, mit komplexen Mehrfachanforderungen konfrontiert werden. Eine fehlende Mitwirkungspflicht – die oft keine Frage des Wollens, sondern des Könnens ist – führt zu Sanktionen und letztlich zum Entzug von Unterstützung. Diese Vorstellung von Menschen, die als Last angesehen werden, die

sich *zusammenreißen* und *dem Staat so schnell wie möglich die Hände aus der Tasche ziehen* sollen, gepaart mit einem anspruchsvollen und oft undurchsichtigen Weg zur Eigenständigkeit, führt dazu, dass viele auf den Stufen dieses Hilfesystems stecken bleiben oder aufgeben. Viele werden die Treppe immer wieder hinuntergestoßen, andere stolpern und fallen. Letztlich geraten die meisten Menschen ohne Wohnung entweder in eine doppelte Zwickmühle: Unbeständigkeit der Wohnverhältnisse – in Unterkünften, die kaum mehr als Schutz vor rauen Wetterbedingungen bieten – und dauerhafte Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung (Schneider 2020). Oder sie ziehen sich aus dem Hilfesystem zurück und versuchen, auf der Straße zurechtzukommen, oft ohne Leistungen und mit geringen Chancen, wieder eine Wohnung zu bekommen.

Durch die Umlenkung des Gesprächs weg von Fragen zum Recht auf Wohnen hin zu solchen zum Recht auf Gesundheit und Leben hat die Pandemie eine einzigartige Chance geboten, das Problem neu zu definieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Als sich bestätigte, dass das Virus den Kontinent erreicht hatte, holten viele europäische Städte unfreiwillig wohnungslose Menschen von der Straße. Einige Städte öffneten rund um die Uhr Notunterkünfte (z.B. Leipzig, Berlin), andere nutzten Hotels oder große Veranstaltungszentren (z.B. London, Edinburgh, Paris). Zwar waren diese Maßnahmen mutmaßlich nicht das Ergebnis einer plötzlichen Schärfung des sozialen Bewusstseins; es handelte sich vielmehr um bevölkerungsgesundheitliche Maßnahmen zur Verringerung der Gesamtsterblichkeit in dieser Pandemie. Nichtsdestotrotz bestätigten sie, was Wissenschaftler:innen und Praktizierende seit Langem postulieren: Obdachlosigkeit ist lebensbedrohlich und kann behoben werden. Die Schnelligkeit, mit der viele Staaten als unmittelbare Reaktion auf die drohende Bedrohung durch COVID-19 eine (vorübergehende) Unterkunft für die zu der Zeit obdachlos lebenden Menschen gefunden haben, spricht für eine Ungereimtheit, die nur selten zugegeben wird: das Coronavirus ist keineswegs die einzige Bedrohung, der die auf der Straße lebenden Menschen ausgesetzt sind, und doch ist es die einzige Bedrohung für Gesundheit und Leben⁵, der derzeit direkt begegnet wurde. Durch die Gewährung von Unterkünften für wohnungslose Menschen haben die Staaten ihre erweiterten Pflichten zum Schutz des Rechts auf Leben während einer Pandemie anerkannt und auch bewiesen, dass ohne Wohnung zu leben, an und für sich schon eine Gefahr für Leben und Gesundheit und somit eine Menschenrechtsverletzung darstellt (siehe Lynch und Cole 2003). Wohnungslose sind *aufgrund ihrer Lebensumstände* anfällig für Krankheiten – unabhängig

5 Für die Menschenrechte auf Leben und Gesundheit siehe art. 3 Deklaration der Menschenrechte sowie art. 6.1 des ICCPR (der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte) ebenso geschützt in art 2 der europäischen Menschenrechtskonvention. Siehe auch HRC, CCPR General Comment 6: The Right to Life, [1], UN Doc HRI/GEN/1/Rev.5 (2001) [5] sowie Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR, 2008).

davon, ob zu diesen Umständen eine Pandemie gehört (Kirby 2020). Viele der Gesundheitsprobleme, mit denen Obdachlose konfrontiert werden, sind Probleme, die sich aus einer unzureichenden routinemäßigen Gesundheitsversorgung, der Unmöglichkeit, eine (kontinuierliche) Versorgung zu erhalten, und dem mangelnden Zugang zu Dienstleistungen ergeben. Durch die Behandlung von wohnungslosen Menschen als Hochrisikogruppe während der Pandemie erkannten Staaten an, dass der Zustand der Wohnungslosigkeit das Recht auf Gesundheit und die Möglichkeit, es in Anspruch zu nehmen, untergräbt. Die Beschäftigung mit dem Recht auf Gesundheit im Kontext der gegenwärtigen Pandemie zeigt, dass der Schutz dieses Rechts möglich ist. Die gesundheitlichen Bedürfnisse (und Rechte) von Menschen ohne Unterkunft können befriedigt werden, wenn die angebotene Unterkunft den Raum bietet, um auf diese Bedürfnisse (und Rechte) einzugehen. Praktiker:innen haben beschrieben, wie die Unterbringung von Menschen ohne Obdach während der Pandemie die Möglichkeit bot, andere Gesundheitsprobleme wie Drogenabhängigkeit oder psychische Probleme anzusprechen, und positiv zu verändern. Darüber hinaus haben die Unterkünfte in vielen Städten damit begonnen, medizinische Untersuchungen, Wundbehandlungen und -versorgungen sowie Behandlungen für andere anhaltende Gesundheitsprobleme anzubieten. (Dies ist auf der Straße nicht möglich, da die Zielgruppen nicht erreicht werden können und die für eine erfolgreiche Behandlung erforderlichen Hygienemaßnahmen nicht eingehalten werden können). Dies bestätigt, was Housing First-Ansätze seit Langem postulieren: dass Wohnen die Grundlage für die Lösung von Problemen sein muss, die mit Wohnungslosigkeit einhergehen, aber nicht die *Belohnung* dafür sein darf.

»Die Pandemie hat gezeigt, was jahrzehntelange Kampagnen gegen Wohnungslosigkeit nicht vollständig belegen konnten: dass Wohnungslosigkeit in der Tat kein individuelles Problem ist, das mit individuellen Mitteln zu lösen ist, sondern ein gesellschaftliches Problem und daher ein Problem für alle« erklärt Grohmann (2020:ks eigene Übersetzung). Durch die Anerkennung des Rechts auf Leben und Gesundheit (anstelle des Rechts auf Wohnen) haben sich die Staaten zumindest vorübergehend von einer Sichtweise abgewandt, in der Menschen ohne Wohnung (zumindest teilweise) implizit für ihre Situation verantwortlich gemacht werden.

Dies wirft wichtige Fragen für die Zukunft auf. Nun, da Staaten bewiesen haben, dass es möglich ist, wohnungslosen Menschen schnell und effektiv eine Unterkunft zu bieten, wie könnten sie dann rechtfertigen, dass sie dies in Zukunft nicht tun, insbesondere angesichts der positiven (gesundheitlichen und sozialen) Auswirkungen, die die Bereitstellung von Wohnraum mit sich bringt?

Die Tatsache, dass die Schutzmaßnahmen zeitlich begrenzt waren, wirft die Frage auf, wie es nun weitergehen wird, auch im Hinblick auf die kommende Rezession, die zu neuen Wellen der Wohnungslosigkeit führen kann. In vielen europäischen Staaten können private Unternehmen für die Verluste, die sie während der Pandemie erlitten haben, entschädigt werden – oder sie finden Mittel und

Wege, dies zu tun. Aber was ist mit den Verlusten, die die obdachlosen Menschen erleiden, vor allem, wenn sie aufgrund von Verlegungsbeschränkungen wieder auf die Straße gesetzt werden, was, wie wir gesehen haben, der Fall ist? Darüber hinaus zeigt die Umsetzung von Schnellwohnungsmaßnahmen oder *housing first*-Politiken in Städten mit schwerem Wohnungsmangel, dass die Wiederunterbringung eine Frage des Willens und der Verteilung und nicht der Möglichkeit ist.

In Leipzig konnten viele obdachlose Menschen aufgrund der geringeren Zugangshürden zu den Notunterkünften während der Lockdowns zum ersten Mal dort Zuflucht finden, und viele berichteten nicht nur, wie viel besser sie schliefen und wie viel Kraft sie gewannen, sondern auch, wie viel ruhiger und glücklicher sie waren. Dennoch schlossen diese Unterkünfte ihre Türen und kehrten zur alten Routine zurück, sobald die Beschränkungen nachließen, was denjenigen, die sie genutzt hatten, bestätigte, dass sie nur Spielfiguren in einer größeren Eindämmungsstrategie waren. Sie haben gesehen, was möglich ist, und verstehen nun nicht mehr, warum dies außerhalb einer Pandemie nicht möglich scheint.

7. Ein zweiseitiges Schwert

Einige der Pandemie-Maßnahmen verringerten die Sichtbarkeit des Leidens derjenigen, die am meisten Unterstützung brauchen, aber nicht ihr Leiden als solches. Andere Maßnahmen gaben Hoffnung auf positive Veränderungen auch über die Pandemie hinaus, Hoffnungen, die nun weitestgehend enttäuscht wurden. Eine der obdachlosen Menschen, mit denen ich forsche, Yelena (40), die während der Kontaktbeschränkungen nur begrenzten Zugang zu Nahrung, Wasser oder Geld hatte und den Kontakt zu ihrem sozialen Netzwerk verlor, formulierte die Herausforderung wie folgt: »Die Menschen werden diese Pandemie überleben. Aber ob die Menschheit überleben wird, ist eine ganz andere Frage.« Gesellschaftliche Krisensituationen sind dafür bekannt, dass sie den sozialen Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung stärken können, aber auch dafür, dass sie Menschen gegeneinander aufbringen und radikale politische Strömungen, die auf Spaltung und Hass basieren, Rückenwind geben können. Die Pandemie zeigte uns also vor allem zwei Dinge. Erstens, unfreiwillige Wohnungslosigkeit ist lebensbedrohlich und unvereinbar mit Grund- und Menschenrechten wie Privatsphäre, Intimität, Familienleben, Rückzugsort und Sicherheit, aber auch mit dem Recht auf Leben und Gesundheit. Zweitens, und das sieht jetzt auch die EU mit ihrer Strategie zur Beendigung der Wohnungslosigkeit bis 2030, können und müssen Staaten unfreiwillige Wohnungslosigkeit beenden. Dass Krisenmaßnahmen nicht langfristig erhalten werden können, ist verständlich. Doch ein Rückgang zum Status Quo aus 2019, der das, was jetzt gelernt wurde, nicht aufgreift, wäre ein großer Verlust. Stattdessen muss auf das aufgebaut werden, was geschaffen wurde und kurzzei-

tige Krisenmaßnahmen in langfristig umsetzbare Lösungen verwandelt werden. Wenn wir jetzt zurückrudern, dann werden wir die Menschen, die Unterstützung erhielten und denen die Unterstützung dann wieder entzogen wurde mit dem resultieren Schmerz und Misstrauen allein lassen, ein Umstand, der nicht rückgängig gemacht werden kann. Und das wird Folgen für uns alle haben: sozial, finanziell und politisch. Insgesamt müssen wir dringend über den Weg nachdenken, der uns in und durch diese Pandemie geführt hat. Gesundheitliche Notlagen sind immer auch soziale Krisen, deren Auswirkungen von unserer Fähigkeit abhängen, zunehmende Armut und Ungleichheit zu dokumentieren und ihr entgegenzuwirken. Wie diese Pandemie unsere Gesellschaften langfristig prägen wird, hängt von unserer Fähigkeit ab, aus ihr zu lernen und einander zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948): A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III) Art. 12 (Freiheitssphäre des Einzelnen), Online: <https://www.ohchr.org/en/human-rights/universal-declaration/translations/german-deutsch>, (abgerufen am 25.05.2022).
- Bild Zeitung (2021): Obdachloser vermutlich in Holzschuppen erfroren. Veröffentlicht 27.01.2021, 12:33 Uhr <https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/leipzig-obdachloser-vermutlich-in-holzschuppen-erfroren-75089858.bild.html>, (abgerufen am 19.03.2022).
- Bundesministerium für Gesundheit (2022): #WirBleibenZuhause. Personen des öffentlichen Lebens setzen ein Zeichen, <https://www.zusammengegencorona.de/mediathek/wirbleibenzuhause-mediathek/?filter=allevideos>, (abgerufen am 25.05.2022).
- Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2008). The Right to Health: Fact Sheet No. 31, <https://www.ohchr.org/Documents/Publications/Factsheet31.pdf> (abgerufen am 30.05.2022).
- Cieraad, Irene (2018): Home, The International Encyclopedia of Anthropology: 1-8.
- Daigneault, Pierre-Marc (2014): Three Paradigms of Social Assistance. SAGE Open 4(4).
- Davis, Diane E. (2005): Wounded Cities: Destruction and Reconstruction in a Globalized World. Pp. 457–459, Vol. 29. Oxford, UK and Malden, USA.
- Ellis, Carolyn (2017): Compassionate Research: Interviewing and Storytelling from a Relational Ethics of Care, in: The Routledge international handbook on narrative and life history. I. Goodson, ed: Routledge.
- Giuffrida, Angela (2021): Deaths among Rome's rough sleepers surge as shelters turn many away due to Covid. The Guardian, 01.01.2021 <https://www.theguardian.com>

- om/world/2021/feb/01/rome-covid-rough-sleeper-deaths-italy, (abgerufen am 01.09.2022).
- Grohmann, Steph (2020): COVID-19's safe spaces for the homeless https://haubooks.org/grohmann-covid19-homeless/?fbclid=IwARoRpUw-_gBLVTo1r7Z9lhHjtQlWFzQeIYRLit_c8pA61s3nNlhtR9BGFpE, (abgerufen am 01.09.2022).
- Kirby, Tony (2020): Efforts escalate to protect homeless people from COVID-19 in UK. *The Lancet Respiratory Medicine* 8(5):447-449.
- Kusenbach, Margarethe (2003): The go-along as ethnographic research tool, *Ethnography*, 4 (3), 455-485.
- Kvale, Steinar (1996): *InterViews: an introduction to qualitative research interviewing*. Thousand Oaks London: Sage.
- Lynch, Philip/Cole, Jacqueline (2003): Homelessness and Human Rights: Regarding and Responding to Homelessness as a Human Rights Violation, *Melbourne Journal of International Law*.
- McNeill, Fergus (2018): Mass supervision, misrecognition and the ›Malopticon‹, *Punishment & Society*, 21 (2), 207-230.
- Moran, Dominique/Turner, Jennifer/Schliehe, Anna K. (2017): Conceptualizing the carceral in carceral geography, *Progress in Human Geography*, 42 (5), 666-686.
- Rubin, Herbert J./Rubin Irene (2004): *Qualitative interviewing: the art of hearing data*, California: SAGE.
- Rusche, Georg/Kirchheimer, Otto/Sellin, Thorsten (1939): *Punishment and Social Structure*, New York: Columbia University Press.
- Sbraccia, Alvise (2008): More or Less Eligibility: Theoretical perspectives on the Imprisonment Process of Migrants in Italy, 31, 5-23.
- Schneider, Jürgen/Böhmer, Anselm (2020): Wohnungslos in der Pandemie. in: Böhmer, Anselm/Engelbracht, Mischa/Hünersdorf, Bettina/Kessl, Fabian/Täubig, Vicki (Hg.): *Soz Päd Corona. Der sozialpädagogische Blog rund um Corona*, Online: <https://sozpaed-corona.de/wohnungslos-in-der-pandemie/> (abgerufen am 01.09.2022).
- Schneider, Luisa T (2021a): Angst, Einsamkeit und unsichtbare Kämpfe Die Bedeutung der Corona-Pandemie für wohnungslose Frauen mit psychischer Krisenerfahrung in Leipzig. *Soziale Psychiatrie* 173.
- Schneider, Luisa T (2021b): Let me take a vacation in prison before the streets kill me! Rough sleepers' longing for prison and the reversal of less eligibility in neoliberal carceral continuums. *Punishment & Society* online first.
- Schneider, Luisa T (2020a): Imagine you were me. On how COVID-19 affects vulnerable groups. *Culture in Quarantine*.
- Schneider, Luisa T (2020b): ›My home is my people‹ homemaking among rough sleepers in Leipzig, Germany. *Housing Studies*:1-18.
- Schneider, Luisa T (2020c): They call it (social) physical distancing: elders, unhoused people and grassroots support in Leipzig, Germany. *Collecting COVID-19*.

Skinner, Jonathan (2012): *The Interview. An ethnographic approach*. London: Routledge.

Tsemberis, Sam (2011): *Housing first: The pathways model to end homelessness for people with mental illness and addiction manual*. *European Journal of Homelessness*, 5 (2), 235–240.